



13.09.2018

Liebe Leserinnen,  
liebe Leser,

### **Ungarn: Rechtsstaat eingefordert**

Gegen Ungarn soll ein Verfahren wegen nachhaltiger Verstöße gegen EU-Grundrechte eröffnet werden. Das Parlament hat mit der dafür notwendigen Zweidrittelmehrheit beschlossen, ein solches Verfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags zu beantragen. Dabei wird geprüft, ob und wie in Ungarn die Grundrechte und die Rechtsstaatlichkeit eingehalten werden. Mit 448 zu 179 Stimmen bei 48 Enthaltungen stimmte das Parlament für ein solches Vorgehen. Nun liegt der Ball bei den Mitgliedsstaaten: Sie müssen mit einer Vier-Fünftel-Mehrheit für die Einleitung der Prüfung stimmen. Das ist ein einmaliger Vorgang. Die Prüfung soll sich auch auf Korruption und Interessenkonflikte erstrecken. Ungarns Ministerpräsident Orbán war während der Debatte anwesend – und machte leider keinerlei Zugeständnisse. (Chancen-) Gleichheit, Freiheit und die Achtung und Wahrung der Menschenrechte sind Werte der EU. Mit dem EU-Beitritt verpflichtet sich jeder Mitgliedstaat, diese einzuhalten. Wenn die Werte in einem Mitgliedstaat in Gefahr sind, muss die EU aktiv werden. Als Haushaltskontrolleurin habe ich bei zwei Reisen des Ausschusses nach Ungarn Korruption, Interessenskonflikte, Klientelwirtschaft und einen Mangel an Untersuchung und Aufklärung festgestellt. Ungarn macht von allen der vier der sog. Visegrád-Staaten (Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn) am wenigsten aus den EU-Geldern. Auch die Regierung schneidet im Vergleich schlecht ab. Es sind

Züge einer staatlich gelenkten Wirtschaft erkennbar. Außerdem stießen wir auf scheinlegale Systeme: Die Vertrauten des Ministerpräsidenten werden bevorzugt mit Aufträgen bedacht. An Ausschreibungen zur Umsetzung der EU-Gelder nimmt in 36% der Fälle nur eine Firma teil – ein Schelm, wer Böses dabei denkt? Die Chancengleichheit ist gestört. Weitere Sorgen betreffen die Freiheit von Justiz, Universitäten, Religionsgemeinschaften und der Zivilgesellschaft, sowie die Behandlung von Asylsuchenden. Bei derartigen Bedenken muss die EU handeln. Wir dürfen nicht hinnehmen, dass die Werte und Prinzipien der EU missachtet werden.

### **Urheberrecht, zum Zweiten**

Das Europäische Parlament tritt nun doch noch für einen wirklichen Schutz des geistigen Eigentums ein. Wir konnten eine erneute Abstimmung gewinnen. Wir erinnern uns: Vor der Sommerpause hatte das Plenum dem Rechtsausschuss ein Mandat zu Verhandlungen mit dem Ministerrat und der Kommission über die Reform des Urheberrechts im Binnenmarkt verweigert. Der CDU-Berichtersteller hat daraufhin einige Änderungen an dem Entwurf vorgenommen, um den Kritikern der Reform entgegenzukommen. Geändert wurde, dass Plattformen, die nur wenige Werke zur Verfügung stellen, sowie Kleinst- und kleine Unternehmen, wie etwa Start-Ups, von dem von den Gegnern als „Uploadfilter“ gebrandmarkten Artikel 13 ausgenommen sind. Beim Leistungsschutzrecht für Presseverleger sollen Hyperlinks und einzelne Wörter nicht betroffen sein. Außerdem sollen Journalisten eine Beteiligung an den zusätzlichen Einnahmen bekommen.

### **So können Sie mich erreichen**

**vor Ort:** Tel. 07323 9523855 · info@inge-graessle.eu · Postanschrift: Grabenstraße 24 · 89522 Heidenheim  
**im Europäischen Parlament:** Büro ASP 15E154 · Rue Wiertz · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868  
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · **im Netz:** www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge\_graessle



Diesem zweiten Entwurf hat das Parlament jetzt mit breiter Mehrheit in erster Lesung zugestimmt. Wir sind damit dem Ziel, verbindliche und durchsetzbare Regeln zum Schutz des Urheberrechts im Internet zu schaffen, einen großen Schritt nähergekommen. Nun muss das Europaparlament gemeinsam mit den Mitgliedstaaten den endgültigen Text aushandeln.

### **Solidaritätskorps eingerichtet**

Gutes tun im Ausland: Das Europaparlament hat die Einführung des Europäischen Solidaritätskorps beschlossen. Damit erhalten 18- bis 30-jährige Europäer die Möglichkeit, ein Praktikum oder einen Freiwilligendienst in einem der Mitgliedstaaten zu absolvieren. Ziel ist es, dass junge Menschen wertvolle Erfahrungen im gemeinnützigen Bereich sammeln, indem sie sich gesellschaftspolitisch und humanitär in ganz Europa engagieren. Die Freiwilligenarbeit ist auch für die Jugendlichen eine große Chance zur persönlichen Entwicklung. Die durchführenden Organisationen sind von der EU-Kommission durch ein Qualitätslabel anerkannt. Bis 2020 ist ein Budget von knapp 376 Millionen Euro veranschlagt. Im nächsten Finanzrahmen 2021–2027 sollen dafür dann 1,26 Milliarden Euro bereitgestellt werden.

### **Juncker zur „Lage der Union“**

Zum voraussichtlich letzten Mal hielt EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker vor dem Plenum seine alljährliche Rede zur Lage der Europäischen Union. Juncker beschwor die Stärke eines vereinten Europas in der globalisierten Welt und ging auf die derzeitigen Herausforderungen und Aufgaben

der EU ein, wie etwa den Klimawandel, Bedrohungen der Pressefreiheit, die Migrationskrise, den Brexit und die Beziehungen zu Afrika. Vor dem Hintergrund der globalen Krisen plädierte Juncker für mehr europäische Souveränität. Juncker forderte mehr Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit anstelle einstimmiger Beschlüsse, vor allem im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, und stellte klar, dass die Stimme der EU deutlich hervortreten muss, um im Konzert der Nationen gehört zu werden. Angesichts des zunehmenden Nationalismus plädierte Juncker für einen Patriotismus, der sich nicht gegen andere richtet: Europa zu lieben bedeute, all seine Nationen zu lieben, und seine Nation zu lieben bedeute, Europa zu lieben. Daneben stellte er in Aussicht, dass bereits im kommenden Frühjahr die halbjährliche Zeitumstellung abgeschafft werden könnte.

### **Neuigkeiten aus meinem Büro**

Seit Anfang des Monats erkunden Odette Müller aus Döbeln, Samantha Whitley aus South Carolina (USA) und Theresa Probst aus Aalen-Unterkochen im Rahmen eines Praktikums die Arbeit in meinem Büro. Frau Müller bereitet sich derzeit auf ihr Jurastudium vor, Frau Probst studiert Philosophy&Economics in Bayreuth, und Frau Whitley, die ihr Praktikum im Rahmen eines Austauschprogramms zwischen dem Europaparlament und der US-amerikanischen Furman University absolviert, studiert dort Internationale Politik und Germanistik. Ihnen allen ein herzliches Willkommen! Nimesha Perera, ebenfalls Teilnehmerin des US-Austauschprogramms, hat ihr Praktikum abgeschlossen.

### **So können Sie mich erreichen**

**vor Ort:** Tel. 07323 9523855 · info@inge-graessle.eu · Postanschrift: Grabenstraße 24 · 89522 Heidenheim  
**im Europäischen Parlament:** Büro ASP 15E154 · Rue Wiertz · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868  
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · **im Netz:** www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge\_graessle